

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tabea Rößner, Özcan Mutlu,
Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/6254 –**

Medienkompetenz als bundespolitische Aufgabe

Vorbemerkung der Fragesteller

Medienkompetenz ist eine der Grundvoraussetzungen, um selbstbestimmt an der digitalen Welt teilnehmen zu können. Die Förderung von Medienkompetenz ist daher ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, mit dem eine Vielzahl wichtiger Ziele verfolgt wird, sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene und Senioren. Von der Wahrnehmung der großen Chancen bis zum Schutz vor Gefahren, die die aktive, produktive und kreative Nutzung von Medien bedeuten können, ist die Bandbreite der Anwendungsgebiete groß. Sie erfordern eine umfassende, praktische Auseinandersetzung mit Medien, die in allen Altersstufen dringend geboten ist, um die sichere, umsichtige und erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe aller zu ermöglichen oder zu verbessern. Medienkompetenz erfordert lebenslanges, erlebtes und fortschreitendes Lernen, Interaktivität, den Einsatz sowie die Nutzung von Medien in verschiedensten Lebenssituationen und muss immer weiterentwickelt werden. Unerlässlich für eine zeitgemäße Medienkompetenz sind Kenntnisse über so weitreichende Bereiche wie das Urheberrecht und den Datenschutz, insbesondere mit Blick auf deren praktische Anwendung auf die Nutzung digitaler Medien, geschützter und freier Software und des Internets. Bereits in ihrem zweiten Zwischenbericht hatten alle Fraktionen in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und Digitale Gesellschaft“ der 17. Wahlperiode am 21. Oktober 2011 eine Analyse und Handlungsempfehlungen an den 18. Deutschen Bundestag zur Medienkompetenz verabschiedet. Deren Umsetzung hat die Bundesregierung, trotz mehrfacher Aufforderungen („Den digitalen Wandel politisch gestalten – Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ umsetzen“, Bundestagsdrucksache 18/2880), bisher kaum vorangetrieben.

Neuere Studien, wie die „International Computer and Information Literacy Study“ (ICILS 2013), „Kinder + Medien, Computer + Internet“ (KiM 2014) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest oder die DIVSI U9-Studie „Kinder in der digitalen Welt“ vom 23. Juni 2015 (DIVSI: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet), bescheinigen große Unterschiede in der Medienkompetenz von Kindern abhängig vom formalen Bildungsgrad

der Eltern. Die Ergebnisse zeigen erneut die Dringlichkeit eines umfassenden Engagements für die verstärkte Förderung von Medienkompetenz.

1. Welche Bundesministerien und nachgeordneten Behörden befassen sich seit Beginn der 18. Legislaturperiode mit der Medienkompetenz und betreiben Projekte hierzu (bitte nach Bundesministerien, Projekten und Zeitraum aufschlüsseln)?
9. Welche bundesweiten Modellprojekte hat die Bundesregierung bislang seit Beginn der 18. Legislaturperiode in Bezug auf die Förderung der Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern jedweden Alters und Beschäftigungsgrades initiiert?
10. Welche modellhaften schulischen und außerschulischen Maßnahmen hat die Bundesregierung in Reaktion auf den umfangreichen Aktionskatalog des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) herausgegebenen Berichts zur „Medienkompetenz bei Jugendlichen“ bereits ergriffen, und welche modellhaften Maßnahmen werden in der laufenden 18. Wahlperiode noch angestoßen?

Die Fragen 1, 9 und 10 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung fördert eine Vielzahl von Maßnahmen, die zur Entwicklung von Medienkompetenz beitragen. Die folgende Übersicht enthält diejenigen Maßnahmen, die Medienkompetenz explizit im Förderschwerpunkt haben.

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Kinder und Jugendliche haben Medien ganz selbstverständlich in ihren Alltag integriert. Im Umgang mit Medien erwerben sie wichtige Schlüsselkompetenzen zur Teilhabe in unserer medial geprägten Gesellschaft. Mit der zunehmenden Bedeutung von Medien im Alltag der Kinder und Jugendlichen steigen auch die Anforderungen an ihre Medienkompetenz.

Medienkompetenz befähigt Kinder und Jugendliche dazu, Medien ihrem Alter entsprechend selbstbestimmt, verantwortungsbewusst, kritisch und kreativ dazu zu nutzen, ihre Lebenswelt zu gestalten. Medienangebote bewerten und die Konsequenzen des eigenen Umgangs mit Medien realistisch einschätzen zu können gehört zur Medienkompetenz dazu.

Der Medienerziehung in Familien kommt bei der Entwicklung von Medienkompetenz gerade im Kindesalter eine besondere Rolle zu. Das BMFSFJ hat deshalb die Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, das Beratungsangebot für Eltern bedarfsgerecht auszubauen, die lokale Verankerung von Elternberatung in geeigneter Netzworkebildung vor Ort zu stärken und Strukturelemente eines guten digitalen Medienangebotes für Kinder zu stützen. Zudem fördert das BMFSFJ Beratungs- und Informationsangebote, die Eltern in ihrer Verantwortung stärken, wie z. B. den „Medienratgeber Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht.“ Die Vermittlung und Stärkung der Medienkompetenz wird dabei als eine durchgängige Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe gesehen.

Die Projektgruppe Digitale Gesellschaft des BMFSFJ richtet im vierten Quartal 2015 einen Szenario-Workshop zum Thema „Gutes Familienleben in der digitalen Gesellschaft“ aus. Der Workshop soll beleuchten, vor welche Herausforderungen die Digitalisierung Familien stellt, wie sich der Familienalltag durch sie

verändert und wie Zukunftsprognosen aussehen. Damit Eltern, Großeltern und Kinder die Chancen, der Digitalisierung souverän nutzen können, wird auch das Thema Medienkompetenz und digitale Selbständigkeit eine Rolle spielen. Die Ergebnisse des Workshops werden in einer zugehörigen Publikation festgehalten.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ fördert Projekte und Initiativen, die sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung engagieren. In diesem Rahmen werden auch Projekte mit medienpädagogischen Ansätzen und Methoden gefördert.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Seitenstark e. V., HelpDesk, Online-Werbung	01.07.2013 bis 31.03.2015	Nein
Seitenstark e. V., HelpDesk, Datenschutz, Mobilität, Kinderseiten-Tag	01.04.2015 bis 31.12.2016	Nein
Kindersuchmaschine "Blinde Kuh"	01.08.2013 bis 31.07.2016	Nein
Medienpädagogik e. V.: ModeratorInnenausbildung auf Grundlage des Modells "Seitenstark-Chat"	01.07.2013 bis 31.08.2015	Nein
Universität Erfurt; INS Netz für Kinder: Infrastruktur für einen sicheren Surfraum	01.12.2013 bis 30.11.2016	Nein
Adolf Bender Zentrum e. V.; Projekt "Medien für Toleranz und Verständigung"	01.09.2011 bis 28.02.2014	Nein
Adolf Bender Zentrum e. V.; Sozial kompetent - Medienpädagogik von und mit Jugendlichen	01.04.2014 bis 30.09.2016	nein
Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e. V.; Aufwachsen in der Medienwelt; Filmclips zur Medienbildung in Kindertageseinrichtungen	01.03.2015 bis 29.02.2016	nein
Akademie Remscheid für das Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland: Deutscher Multimediapreis MB21-Kreativwettbewerb für alle bis 25 Jahre	11.03.2013 bis 31.12.2013; 21.01.2014 bis 31.12.2014; 23.01.2015 bis 31.12.2015	nein
JFF - Jugend Film Fernsehen e. V.: "Medienkompetenz 2013/14: wissenschaftliche/medienpädagogische Beratung der Initiative Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht. und interdisziplinäre Tagung"	01.02.2013 bis 31.12.2014	nein
JFF - Jugend Film Fernsehen e. V.: "Medienaneignung beobachten, Impulse setzen, Strukturen beraten, enthält die Teilprojekte „Act on! aktiv und selbstbestimmt online. Wie 10- bis 14-jährige die Medienwelt sehen“, Fachberatung der Initiative Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht., Interdisziplinäre Tagung und Publikation	01.01.2015 bis 31.12.2016	nein

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
JFF - Jugend Film Fernsehen e. V.: Förderung von Peer-to-Peer-Ansätzen in der medienpädagogischen Praxis von Jugendarbeit und Schule	16.01.2012 bis 31.12.2014	nein
Stiftung Digitale Chancen: " Gutes Aufwachsen mit Medien"	15.09.2015 bis 14.09.2017	nein
LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH: Stärkung der Elternverantwortung: Neue Herausforderungen durch das Internet - Maßnahmen für einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz durch jugendschutz.net	01.01.2013 bis 31.12.2016	nein
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in Deutschland e. V. (GMK): Dieter Baacke Preis, Forum Kommunikationskultur	01.01.2013 bis 31.12.2013, 01.01.2014 bis 31.12.2014, 01.01.2015 bis 31.12.2015	nein
Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen: Kinder und (Online-)Werbung, werbliche Angebotsformen, crossmediale Vermarktungsstrategien und deren Rezeption durch Kinder	15.12.2012 bis 28.02.2015	nein
WE DO communication GmbH: Medienratgeber für Eltern: Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht. Gemeinsame Initiative von Das ERSTE, ZDF, Vodafone und TV-Spielfilm.	01.01.2013 bis 31.12.2013 01.01.2014 bis 31.12.2014 08.01.2015 bis 31.12.2016	nein
Stiftung Digitale Chancen: Lokale Medienkompetenz-Netzwerke für Familien	01.10.2012 bis 31.08.2014	nein
mediaLEpraxis e. V.: Erarbeitung und Veröffentlichung eines Online-Handbuchs zur Vorbereitung des bundesweiten Transfers des Modellprojektes ComputerSpielSchule Leipzig	15.07.2013 bis 31.05.2014	nein
Stadt Köln: Broschüre Spiel- und Lernsoftware pädagogisch beurteilt	07.03.2012 bis 31.12.2013 15.01.2014 bis 13.12.2015	nein
Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg: Jugendmedienschutz und Medienerziehung in digitalen Medienumgebungen: empirische Evidenz und politische Herausforderungen, Kongress "NetChildren 2020: Gutes Aufwachsen mit Medien"	11.10.2013 bis 30.09.2015	nein
Deutsches Jugendinstitut e. V.: Digitale Medien: Beratungs-, Handlungs- und Regulierungsbedarf aus Elternperspektive	01.04.2013 bis 31.12.2015	nein
Freiwilliges Soziales Jahr Digital	1.9.2015 bis 30.8.2017	nein

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Archiv der Jugendkulturen e. V. Diversity Box - Ein Projekt zur Akzeptanz und Anerkennung von sexueller Vielfalt	01.02.2015 bis 31.12.2019	nein
Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt (LAGFA) e. V. Jugend im Land 3.0 - Digitale Demokratie- und Engagementförderung im ländlichen Raum	01.02.2015 bis 31.12.2019	nein
Kulturwerkstatt e. V. Reutlingen MENTOR - Miteinander für Engagement, Toleranz und Respekt	01.01.2015 bis 31.12.2019	nein
DETO - Verein zur Förderung von Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung Osnabrück e. V. DETO - Demokratie leben in Osnabrück	01.01.2015 bis 31.12.2019	nein
Amadeu Antonio Stiftung no-nazi.net - Radikalisierungsprävention in Sozialen Netzwerken	01.01.2015 bis 31.12.2019	nein
Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V. Think Social Now 2.0 - Verantwortung übernehmen im Internet	21.09.2015 bis 31.12.2019	nein
Broschüre: Nie zu alt für's Internet	April 2014 bis auf weiteres	nein
Reverse Mentoring: Von Oktober 2015 bis Mai 2016 läuft ein so genanntes „Reverse Mentoring“ im Rahmen des Helene Weber Kollegs, dem bundesweiten, parteiübergreifenden Netzwerk für mehr Frauen in der Politik. Reverse Mentoring dreht die Generationenverhältnisse um: Hier lernen erfahrene Kommunalpolitikerinnen von meist jüngeren Social-Media-Expertinnen den Umgang mit Twitter, Facebook oder Instagram.	10/15 bis 05/16	ja

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Das BMJV fördert Projekte und sonstige Maßnahmen mit bundesweiter Bedeutung zur Stärkung der Medienkompetenz im Rahmen der Verbraucherpolitik zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dabei ist besonderer Wert darauf gelegt worden, sowohl für die Gruppe der jungen Menschen (Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene) als auch für die Älteren und spezielle Verbrauchergruppen (Migrantinnen und Migranten) Angebote zu fördern.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Verbraucherrechte in der digitalen Welt II; Projektträger Verbraucherzentrale Bundesverband. e. V.	01.01.2013 - 31.12.2015	nein
watch your web; Projektträger Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.	01.01.2014 - 31.12.2015	nein

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Migranten und Verbraucherschutz in digitalen Märkten; Projektträger Verbraucherzentrale n Berlin, Hamburg und Bremen	01.02.2014 - 31.01.2016	nein
mobilsicher.de - Kommunikationssicherheit für mobile Geräte; Projektträger iRights e. V.	01.12.2014 - 30.11.2016	nein
Wegweiser durch die digitale Welt; Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e. V.	01.01.2012 - 31.12.2013	nein
Multiplikatoren-Stammtische Online: Verbraucher 60+ sicher im Netz; Projektträger Deutschland sicher im Netze.V.	01.08.2015 - 31.07.2018	nein
Internet-Materialkompass für Multiplikatoren; BAGSO Service GmbH	01.08.2015 - 31.07.2018	nein

Maßnahmen im Bereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Medienkompetenz ist eine elementare Schlüsselkompetenz einer digitalen Gesellschaft und wichtiger Teil der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert mit der Initiative „Ein Netz für Kinder“ hochwertige Online-Inhalte für Kinder, die dazu anregen, sich mit dem jeweiligen Thema auch im Alltag zu beschäftigen. Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ verfolgt das Ziel, einen sicheren Surfraum für Kinder mit vielfältigen, altersgerechten Internetangeboten zu schaffen und die Medienkompetenz von Kindern zu fördern. Seit Gründung der Initiative im Jahr 2008 wurden 128 Projekte mit insgesamt 9,3 Mio. Euro unterstützt. Die von der BKM mitinitiierte und dauerhaft geförderte Einrichtung Vision Kino – Netzwerk für Film- und Medienkompetenz – hat als Teil der kulturellen Jugendbildung zur Aufgabe, im Rahmen einer übergreifenden Medienkompetenz insbesondere die Filmkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie gleichzeitig für den Kulturort und originären Rezeptionsort des Films, das Kino, zu sensibilisieren. Ziel der „Nationalen Initiative Printmedien“ (NIP) ist es, Kindern und Jugendlichen die Bedeutung von gedruckten Medien für die Demokratie nahe zu bringen und den Wert von Medien- und Meinungsvielfalt zu vermitteln. Das übergeordnete Ziel des Projektes „Occupy Culture“ besteht in der Entwicklung partizipatorischer Konzepte der Mediennutzung als Brücke zu Kunst und Kultur für benachteiligte Jugendliche.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Vision Kino gGmbH- Netzwerk für Film und Medienkompetenz	seit 2005 bis auf weiteres	Nein
Nationale Initiative Printmedien	seit 2008	Ja
Netz für Kinder	seit 2008	Ja
jfc Medienzentrum e. V. - Occupy Culture	01.04.2013 - 31.12.2015	Ja

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Digitale-Spielewelten.de	2016-2018	Nein
Fachkonferenz "Digitale Spiele in Kinderhänden"	2015	Nein

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Im Rahmen seiner Maßnahmen zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher fördert BMEL Projekte zur Förderung der schulischen Ernährungsbildung unter dem Dach von „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“. In dem gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen konzipierten Unterrichtskonzept „Ess-Kult-Tour – Entdecke die Welt der Lebensmittel“ wird dabei unter anderem auch das Thema Medienkompetenz thematisiert. Darüber hinaus publiziert der vom BMEL institutionell geförderte aid infodienst Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz e. V. Unterrichtsmaterial, das sich mit diesem Thema befasst. Beispielhaft sei hier das Unterrichtsmaterial „So schmeckt mir Werbung – Baustein zur Verbraucherbildung für die Klassen 3 bis 6 genannt.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
Unterrichtskonzept „Ess-Kult-Tour – Entdecke die Welt der Lebensmittel“ gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen	01.01.2014 bis 30.11.2016	nein

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
D21 Digitalindex	jährlich	nein

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums des Innern (BMI)

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) führt als nachgeordnete Behörde im Bereich des BMI die nachfolgenden Maßnahmen durch.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
pb21 - Web 2.0 in der politischen Bildung: Onlineplattform zum Einsatz von Web 2.0 Werkzeugen in der schulischen und außerschulischen Bildung; Weiterqualifikation	2009 - 2014	Ja
werkstatt.bpb.de; Als Kooperationsprojekt bis 2014 mit der Kooperative e. V. Berlin, jetzt	2010 - heute	Ja
netzdebatte.bpb.de: Politik in der digitalen Gesellschaft, in Themenschwerpunkten wie Open und Big Data, Politische Teilhabe im Netz, Internet der Dinge etc. wird Wissen zum besseren Verständnis der Entwicklung der digitalen Gesellschaft vermitteln. Das Projekt hat zum Ziel diese kritisch zu hinterfragen und zur eigenen Meinungsbildung beizutragen.	2014 - heute	Ja
OER-Dossier; Das Online-Dossier liefert Informationen zum Umgang mit sogenannten Open Educational Resources und gibt Lehrer/-innen Hilfestellung beim Einsatz.	2014	Ja
Kinofenster.de; Onlineportal für Filmbildung - Kooperationsprojekt der bpb mit der Vision Kino gGmbH	1996 - heute	Ja
Dossier Medienpolitik; Das Dossier möchte Grundlagen zum Rundfunk- und Medienrecht vermitteln, die neuen Herausforderungen aufzeigen und eine kritische Auseinandersetzung mit der sich ständig wandelnden Welt der Medien und der sie regulierenden Medienpolitik fördern.	2014	Ja
Dossier Datenschutz; Das Onlinedossier diskutiert die aktuellen Entwicklungen im Bereich Datenschutz, gibt aber auch Hilfestellungen zum sicheren Surfen.	2014	Ja
Lokaljournalistenprogramm; Online und Offline werden Journalisten Informationen und Hilfestellungen zum differenzierten Umgang mit Themen der politischen Bildung vermittelt sowie der Einsatz neuer Medien diskutiert.	1975 - heute	ja

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
HanisauLand.de; HanisauLand will Kindern von 8 bis 14 Jahren politische Grundlagen vermitteln und ihnen eine Vorstellung davon geben, wie demokratisches Zusammenleben funktioniert. In der gesamten Kommunikation auf der Website (vormoderniert) werden die Kinder von der Redaktion unter medienpädagogischen Gesichtspunkten aufgeklärt. Ein „Spezial“ hat das Thema „Sicherheitstipps im Internet“ https://www.hanisauland.de/spezial/sicherheitstipps-internet/sicherheitstipps-kapitel-1/	2002 - heute	ja
einfach Online	10.07.2014 - 28.02.2015	Ja
einfach SOZIALE NETZWERKE (youTube, facebook)	10.07.2014 - 28.02.2015	Ja
Datenbank Medienkompetenz: Neue Medien	01.01.2014 - 31.12.2015	Ja
Orientierung im Medienalltag	01.01.2014-31.12.2015	Ja
Eltern/Pädagogen ONLINE	Juni 2014 - Dez. 2015	Ja
Eltern-LAN Games	seit 2009	Ja
spielbar.de	seit 2007	Ja
gamescamp	2014-2016	Ja
Medienpädagogik in der Heimerziehung	01.01.2015 - 31.12.2016	Ja
Spieletester	15.03.2015 - 31.03.2016	Ja
Spielewelten	seit 05.08.2013	Ja

Maßnahmen im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert Medienkompetenz als Querschnittsziel nicht erst mit Beginn der 18. Legislaturperiode, sondern bereits seit vielen Jahren im Rahmen unterschiedlicher Förderprogramme. Die einzelnen Projekte mit Beginn 18. Legislaturperiode können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Ferner initiiert das BMBF im Rahmen der aktuellen Fördermaßnahme zur „Medienqualifizierung pädagogischer Fachkräfte“ (www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung.php?B=1031) Modellprojekte zur Medienkompetenzförderung von beruflichen Auszubildenden. Entsprechende Förderanträge befinden sich in der Antragstellung bzw. -prüfung. Zur Weiterentwicklung seiner in der 17. Legislaturperiode veröffentlichten Förderbekanntmachung „Stärkung der digitalen Me-

dienkompetenz in der beruflichen Qualifizierung“ plant BMBF eine Folge-Förderbekanntmachung (sog. Medienbildung 2, geplant für 2016) mit Schwerpunkt auf den Bereich der berufsbegleitenden Bildung in Unternehmen und Einrichtungen und der damit einhergehenden Organisationsentwicklung.

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
ICILS 2013 (International Computer and Information Literacy Study) - BMBF fördert die Teilnahme Deutschlands	2012-2015	Nein
ICILS 2018 (International Computer and Information Literacy Study) - BMBF fördert die Teilnahme Deutschlands in der Folgerhebung	2016-2020	Nein
SeniorInnen gestalten die Energiewende - TechnikbotschafterInnen für mehr Nachhaltigkeit	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Fabrikationslabore für Senioren in Brandenburg	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Senioren / Seniorinnen für die Nutzung digitaler Medien begeistern und befähigen	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Ausbildung von Video-Technikbotschaftern zum Aufbau eines IT-Lernkanals für Ältere auf YouTube	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Mediencoach sen.	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Medienkompetent im Alter	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Senior-Internet-Helfer als Technik-Botschafter für Social Media und mobiles Internet	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Senioren-Technik-Botschafter in Mecklenburg-Vorpommern	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Wissensvermittlung von Älteren für Ältere zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Törpiner Senioren-Technik Botschafter für altersgerechte Assistenzsysteme	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
Ehrenamtliche Wohnberater werden Technikbotschafter	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja

Bezeichnung	Förderzeitraum	bundesweites Modellprojekt; Frage 9
www-inklusive - Internet für alle!	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
ZWAR-Technik-Botschafter - Wissensvermittlung von Älteren für Ältere zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien	01.10.2013 - 30.09.2014	Ja
FUTA - Förderliche und hinderliche Faktoren im Umgang mit neuen Informations- und Kommunikations-Technologien im Alter	01.06.2014 - 30.09.2015	Ja
KuBiMedia - Kulturelle Bildung und Medienkompetenzen	01.08.2014 - 31.07.2017	Nein
TOUCH:MUSIC. Ein Entwicklungs- und Erprobungsvorhaben zur pädagogischen Weiterbildung von Musikerinnen und Musikern im Einsatz von Smartphones und Tablets in der freien Jugendarbeit und im außerunterrichtlichen Bereich an Schulen	01.08.2014 - 31.07.2017	Nein

2. In Abstimmung mit welchen Referaten in welchen Bundesministerien haben die drei federführenden Bundesministerien der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung den Abschnitt zur Medienkompetenz erarbeitet?

Die Abstimmung des Abschnitts „Digitale Medienkompetenz für alle Generationen stärken“ erfolgte vorrangig zwischen dem BMI, der „Projektgruppe Digitale Gesellschaft“ im BMFSFJ, dem Referat „Verbraucherpolitik in der Informationsgesellschaft“ im BMJV sowie dem Referat „Medienrecht; Neue Medien“ bei der BKM.

3. Wurden auch externe Akteure an der Erarbeitung beteiligt?
Falls ja, welche?

Es waren keine externen Akteure beteiligt.

4. Inwieweit sind auch Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ der 17. Wahlperiode eingeflossen?

Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission waren bei der Erarbeitung der Digitalen Agenda bekannt und wurden insofern auch berücksichtigt, als dass die Bedeutung der Medienkompetenz herausgestellt und ihre Stärkung gefordert wird.

5. Welche konkreten Schritte sind in welchem Zeitraum geplant, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Strategie „Digitales Lernen“ zusammen mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen umzusetzen?

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten hat das BMBF bereits eine Reihe von Initiativen gestartet, das Bildungssystem auf die neuen Herausforderungen – wie auch die neuen Möglichkeiten – der Digitalisierung einzustellen. Beispiele hierfür sind die Programme „Berufsbildung 4.0“, „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ bzw. das „Hochschulforum Digitalisierung“. Um die Potenziale der Digitalisierung für die Bildung insgesamt besser als bislang auszuschöpfen, wird das BMBF darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern eine Strategie „Digitales Lernen“ auf den Weg bringen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat auf ihrer Sitzung im Oktober 2015 beschlossen, eine Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ zu erarbeiten sowie gemeinsame strategische Zielsetzungen mit dem Bund zu entwickeln. Entsprechende Gespräche zwischen BMBF und Ländern sollen noch in diesem Jahr beginnen. In Folge sollen dann weitere Akteure einbezogen werden.

6. Welche Evaluationen der bestehenden Programme zur Förderung von Medienkompetenz an Kitas und Schulen wurden bisher von der Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beauftragt oder durchgeführt?

Welche Ergebnisse haben die bisherigen Evaluationen ergeben?

Hinsichtlich bestehender Programme an Kitas und Schulen wurden im Rahmen ihrer Zuständigkeit durch die Bundesregierung keine Evaluationen beauftragt oder durchgeführt. Indes fördert die Bundesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen, die in der Antwort zu den Fragen 1, 9 und 10 aufgeführt sind.

7. Welche konkreten Maßnahmen folgen aus den in der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung skizzierten Vorhaben im Bereich der Medienkompetenz, insbesondere in den drei federführenden Bundesministerien?

Hierzu wird auf den Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Digitalen Agenda vom 16. September 2015 verwiesen, in dem die konkreten Maßnahmen der Ressorts aufgeführt sind (s. dort S. 42 unter IV lfd Nr. 4ff. und V lfd Nr. 4 f.). Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1,9 und 10 verwiesen.

8. Worin besteht nach Auffassung der Bundesregierung der Unterschied zwischen Jugendmedienschutz und der Förderung von Medienkompetenz von Jugendlichen?

In den Maßnahmen der Bundesregierung steht die Förderung von Medienkompetenz im Jugendalter u. a. im Kontext des erzieherischen Jugendmedienschutzes, der Medienbildung, der politischen Bildung, der Verbraucherbildung und des bürgerschaftlichen Engagements.

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist im Grundgesetz verankert. Das Jugendschutzrecht (JuSchG, JMStV) legt fest, ab welchem Alter Jugendliche Zugang zu bestimmten Medienangeboten erhalten dürfen und unterscheidet dabei in festgelegten Prüfverfahren zwischen Inhalten, die die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen, und solchen, die ihre Entwicklung gefährden können. Die Vergabe von Alterskennzeichen oder ggf. die Indizierung von Medieninhalten haben konkrete Verbreitungsbeschränkungen für Medienanbieter zur Folge.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz verfolgt das Ziel, junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen zu führen. Maßnahmen des erzieherischen Jugendmedienschutzes befähigen Eltern und andere Erziehungsberechtigte, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen (vgl. § 14 SGB VIII). Prävention und die Förderung von Medienkompetenz sind maßgebliche Konzepte im erzieherischen Jugendmedienschutz.

11. Auf welche Summe in Euro belaufen sich alle vom Bund geförderten Medienkompetenzprojekte seit Beginn der 18. Wahlperiode, bitte nach den Zielgruppen Kinder bzw. Jugendliche, Erwachsene (erwerbsfähig bzw. nicht erwerbsfähig), Senioren aufschlüsseln?

Von der Bundesregierung geförderte Projekte seit Beginn der 18. Wahlperiode, die gemäß Antwort zu den Fragen 1, 9 und 10 die Förderung Medienkompetenz explizit im Schwerpunkt haben, belaufen sich auf insgesamt 26 451 101 Euro. Eine Aufschlüsselung der Gesamtsumme nach Zielgruppen ist nicht möglich, da in der weit überwiegenden Mehrheit der Maßnahmen mehrere Zielgruppen angesprochen werden.

12. Wie stimmt sich die Bundesregierung mit den Bundesländern über die vom Bund geförderten Projekte zur Förderung der Medienkompetenz ab, und wie stimmt sich die Bundesregierung allgemein abseits der „Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz“ zum Thema Medienkompetenz mit den Ländern ab?
16. Unternimmt die Bundesregierung Anstrengungen, die eigenen Aktivitäten zur Förderung der Medienkompetenz gemeinsam mit den Länderinitiativen zu koordinieren, und wenn ja, in welcher Form?
17. Unterstützt die Bundesregierung Länderinitiativen, z. B. durch eine koordinierende Tätigkeit, und wenn ja, in welcher Form?
25. Gibt es eine Koordination zwischen der Bundesregierung und den Ländern zur Förderung der schulischen und außerschulischen Medienkompetenz?

Die Fragen 12, 16, 17 und 25 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Förderung von Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes. Die Bundesministerien nutzen die bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen Bund und Ländern zur Abstimmung der Maßnahmen mit den Ländern. Eine koordinierende Tätigkeit in Bezug auf Länderinitiativen ist hiermit nicht verbunden.

Im Einzelnen gestaltet sich die Zusammenarbeit wie folgt:

- Das BMJV fördert Projekte und sonstige Maßnahmen mit bundesweiter Bedeutung im Rahmen der Verbraucherpolitik zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Förderung verfolgt den Zweck, Informationsdefizite auf Verbraucherseite auszugleichen sowie die Verbraucherkompetenzen zu stärken. Das BMJV fördert diese Projekte in eigener Verantwortung; eine Abstimmung mit den Bundesländern erfolgt ggf. nach Erfordernis, wie beispielsweise im Rahmen der BMJV-Projektförderung der Verbraucherzentralen in den Ländern im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes, deren Inhalte auch von den Ländern finanziert werden und die in

der Vergangenheit regelmäßig auch Fragen aus dem Themenbereich der Mediennutzung und digitalen Welt umfassten.

- Im Mai 2015 hat die Jugend- und Familienministerkonferenz das Bund-Länder-Eckpunktepapier „Aufwachsen mit digitalen Medien“ beschlossen, in dem die Jugend- und Familienministerinnen und -minister der Länder und des Bundes die Bedeutung des Rechts aller Kinder und Jugendlichen auf ein gutes Aufwachsen mit Medien betonen. Mit dem Beschluss verabreden Bund und Länder einen kontinuierlichen Austausch darüber, wie eine systematische Weiterentwicklung der Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes unterstützt werden kann. In diesem Kontext hat das BMFSFJ die Einladung an die Länder zum Austausch in der Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ angekündigt und mit der Einrichtung eines Initiativbüros begonnen. Darüber hinaus steht das BMFSFJ, dessen Förderung im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes erfolgt, in Fragen der Förderung von Medienkompetenz und des erzieherischen Jugendmedienschutzes im Austausch mit Landesmedienanstalten und den Obersten Landesjugendbehörden, z.B. in der gemeinsamen Trägerschaft von Projekten, im kinder- und jugendpolitischen Austausch des I-KiZ-Zentrum für Kinder- und Jugendschutz im Internet oder bei der Zusammenarbeit mit der EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz klicksafe in Trägerschaft der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz und der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Der Medienratgeber „Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien macht.“ integriert Angebote der Medienerziehung in Trägerschaft der Länder in sein Informations- und Beratungsangebot für Eltern.
- Im Bereich des BMBF basieren ESF-kofinanzierte Projekte auf dem Operationellen Programm des Bundes für den ESF in der Förderperiode 2014 – 2020, dessen Entwurf zur Kohärenzabstimmung den Bundesländern vorgelegen hatte. Bei internationalen Vergleichsstudien wie ICILS 2013 und ICILS 2018 stimmen sich Bund und Länder in der Steuerungsgruppe von Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91b Absatz 2 GG ab.
- Die Umsetzung des durch das BMEL geförderten IN FORM Projektes Ess-Kult-Tour – Entdecke die Welt der Lebensmittel erfolgt durch die Verbraucherzentralen vor Ort in den Bundesländern.

13. Welche Strategien und Aktivitäten plant die Bundesregierung in Bezug auf die Medienkompetenz von Bürgerinnen und Bürgern im erwerbsfähigen Alter, und welche Projekte sind bereits initiiert worden, bitte nach Projekten für erwerbstätige und nicht erwerbstätige Bürgerinnen und Bürger aufschlüsseln?

Das BMBF plant, wie in der Antwort zu den Fragen 1, 9 und 10 ausgeführt, für das Jahr 2016 eine Förderbekanntmachung (sog. Medienbildung 2), deren Schwerpunkt auf dem Bereich der berufs begleitenden Bildungs- und Qualifizierungsprozesse und somit auf der Zielgruppe der erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger im erwerbsfähigen Alter liegt. Für bereits initiierte Projekte wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen.

Bezeichnung	Projektzeitraum
MecoPflege – Mediencoaches für das Berufsfeld Pflege. Qualifizierungskonzept MeCoPflege	01.08.2012 - 31.07.2015
PerBEM – Perspektive 2.0 – Beruflich einsteigen mit kritischen Medienkompetenzen	01.08.2012 - 31.12.2014
Meta onair online – Medienkompetenztraining für die Ausbildung	01.08.2012 - 31.07.2015
MedienNavi – strategieorientierte Nutzung neuer Medien in KMU	01.07.2012 - 30.06.2015
OEBMK-Kompetenzlabor - Onlinegestützte Entwicklung und Bilanzierung von Medienkompetenz in der Aus- und Weiterbildung	01.07.2012 - 30.06.2015
EMAG – Medienkonzept zur Aneignung von Gestaltungskompetenz in vernetzten Lernorten der Beruflichen Bildung	01.10.2012 - 31.03.2015
KOMMIT- Kompetent mit Medien im beruflichen Qualifizierungsprozess	01.10.2012 - 31.03.2015
GADIME – Ganzheitliche digitale Medienkompetenz in der beruflichen Qualifizierung	01.10.2012 - 31.08.2015
LernenPlus - Medienkompetenzförderung in der beruflichen Einstiegsqualifizierung	01.08.2012 - 31.07.2015
MediaArt@Edu - Künstlerisch-technische Medienkompetenz in Berufsvorbereitung und Berufsorientierung	01.09.2012 - 31.08.2015

14. Inwiefern unterstützt oder fördert die Bundesregierung die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften im Bereich Medienkompetenz?

Die Bundesregierung unterstützt mit der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ die in den für die Lehrerausbildung zuständigen Ländern begonnenen Reformen in allen drei Phasen der Lehrerausbildung in den kommenden Jahren bis 2023 mit bis zu 500 Mio. Euro. Digitale Medien werden in allen Vorhaben der beiden Bewilligungsrunden der 1. Förderphase der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ eingesetzt und weiterentwickelt, um z. B. die Kommunikation der Beteiligten zu verbessern, die Transparenz der Angebote und Möglichkeiten zu erhöhen, den persönlichen Entwicklungsstand zu verfolgen, digitale Lehrmaterialien zu schaffen und auf den Medieneinsatz in den Schulen vorzubereiten. Der Einsatz digitaler Medien wird in den Konzepten der Projekte mit unterschiedlicher Intensität behandelt.

Darüber hinaus wird die Förderung der Medienkompetenz von Lehrkräften – sofern nicht eigenständiges Ziel einer Förderbekanntmachung – in den im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ geförderten Projekten grundsätzlich als Querschnittsziel mitgedacht. Mit der Förderbekanntmachung zur „Medienqualifizierung pädagogischer Fachkräfte“ vom 1. April 2015 wurde der Fokus auf die bereits durch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und Digitale Gesellschaft“ der 17. Wahlperiode konstatierten Defizite der Medienkompetenz insbesondere von (betrieblichen) Auszubildenden gerichtet.

Die Publikationen des BMFSFJ im Rahmen der Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ und des Medienratgebers „Schau Hin! Was Dein Kind mit Medien

macht.“ können von Lehrkräften für Elternberatung in Anspruch genommen werden. Das Büro der Initiative wird ein Beratungsangebot für lokale Netzwerke zur Förderung von Medienkompetenz vor Ort und einen Informationsdienst für Fachkräfte entwickeln.

15. Welche Strategie entwickelt die Bundesregierung mit den Ländern, um eine Grundbildung im Bereich Medien entlang der gesamten Bildungskette umzusetzen?

Der gemeinsame Arbeitsprozess zu einer Strategie „Digitales Lernen“ wird Raum geben, um auch solche Fragen zu thematisieren.

18. Welche Planungen gibt es auf Seiten der Bundesregierung, bestehende Medienkompetenz-Projekte und Initiativen zu verstetigen und ihre Existenz langfristig zu sichern?

Ob das jeweilige Ziel einer Fördermaßnahme nach Beendigung erreicht worden ist und inwieweit ggf. eine Institutionalisierung erforderlich und möglich ist, wird jeweils im Einzelfall geprüft.

19. Inwiefern hat die Bundesregierung die Absicht, bundesweite Träger von Medienpädagogik, Medienbildung und Medienkompetenzförderung, wie die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, zukünftig langfristig und fortwährend so zu fördern, dass sie ihre Rolle als gesellschaftliche Akteure auch angemessen wahrnehmen können, und wenn sie diese Absicht nicht hat, weshalb nicht?

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Förderung von bundesweiten Trägern von Medienpädagogik, Medienbildung und Medienkompetenzförderung auch künftig im Rahmen der jeweils geltenden Haushalts- und Finanzplanansätze und unter Beachtung der maßgeblichen zuwendungsrechtlichen Bestimmungen fortzusetzen.

20. Inwiefern erachtet die Bundesregierung das Projekt „Schulen ans Netz“, das einen kostenlosen Zugang aller Schulen ans Netz gefördert hat und am 31. Dezember 2012 aufgelöst wurde, als endgültig abgeschlossen, was sind die Ergebnisse des Projekts, und welches Nachfolgeprojekt sieht die Bundesregierung dafür vor?

Bei „Schulen ans Netz“ handelte es sich nicht um ein Projekt, sondern um einen gemeinnützigen Verein mit Sitz in Bonn (Schulen ans Netz e. V.). Die Mitgliederversammlung des Vereins „Schulen ans Netz e. V.“ hatte am 7. März 2012 beschlossen, den Geschäftsbetrieb des Vereins zum Ende des Jahres 2012 einzustellen, da der Verein sein Gründungsziel – allen Schulen in Deutschland die Infrastruktur für den Zugang zur digitalen Medienwelt bereit zu stellen – 2009 erreicht hatte. Vom Verein betreute Projekte, darunter Projekte des BMBF im Bereich der beruflichen Bildung, wurden bis Ende 2012 erfolgreich abgeschlossen. Die Auflösung des Vereins erfolgte zum 31. Oktober 2013. Der Verein ist erloschen (Vereinsregister Amtsgericht Bonn, Registerblatt VR 7177). Die Frage für eine Nachfolge stellt sich für die Bundesregierung aufgrund der Kulturhoheit der Länder und deren Zuständigkeit für den Schulbereich nicht.

21. Inwiefern beteiligt sich die Bundesregierung an der Ausstattung von Schulen und/oder Hochschulen mit digitaler Technik und Netzanschlüssen, und inwiefern beabsichtigt sie konkret, sich daran in welcher Form zukünftig zu beteiligen?

Die Bundesregierung stellt für die Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland 2,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Darin sind auch die Mittel aus der Vergabe der Digitalen Dividende II (DD II) in Höhe von 1,33 Mrd. Euro eingeflossen, die hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Die Länder bringen ihre Anteile an der vom Bund zur Verfügung gestellten DD II in eigene Förderprogramme und Maßnahmen zur Digitalisierung ein. Das BMVI erarbeitet derzeit eine Förderrichtlinie, die noch im Jahr 2015 implementiert werden soll. Ziel ist es, den Ausbau zukunftsfähiger und hochleistungsfähiger Breitbandnetze in Gebieten zu unterstützen, in denen in den kommenden drei Jahren kein privatwirtschaftlicher Ausbau solcher Netze erfolgt.

Das Förderprogramm ist an Kommunen (Landkreise, Gemeinden etc.) gerichtet. Diese initiieren die Ausbauprojekte, stellen die Anträge im Förderverfahren und koordinieren die Projekte vor Ort. Privatwirtschaftliche Unternehmen (u. a. Netzbetreiber / Tiefbauunternehmen) erledigen Ausbau und/oder Betrieb des Netzes.

Es sollen mehrere Förderaufrufe veröffentlicht werden. Die Förderanträge werden durch die Bewilligungsbehörde, die sich eines Projektträgers bedienen kann, anhand eines Scoring-Modells bewertet und entsprechend beschieden. Das zur Bewertung geschaffene Scoring-Modell sieht vor, das beantragte Vorhaben anhand bestimmter Kriterien mit Punkten zu bewerten. Antragsteller, die beim Breitbandausbau in ihrer Region den Anschluss institutioneller Nachfrager, insbesondere Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen berücksichtigen, erhalten dadurch zusätzliche Punkte für das Projekt. Somit wird ein Anreiz geschaffen Schulen und/oder Hochschulen mit breitbandigen Netzanschlüssen zu versorgen.

Die Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit digitaler Technik, zum Beispiel mit Arbeitsplatzrechnern, Routern und dergleichen, wird durch das zuvor beschriebene Förderprogramm nicht abgedeckt. Es werden ausschließlich Infrastrukturen, jedoch keine Komponenten gefördert.

Grundsätzlich ist die Ausstattung von Schulen und Hochschulen mit digitaler Technik Aufgabe der Länder.

22. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um die im Jahr 2014 beendeten Medienkompetenzprojekte „youth part“, angesiedelt bei der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB), und „peer3“, angesiedelt bei dem JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, fortzuführen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, um die Ergebnisse dieser Projekte nutzbar zu machen?

Die angesprochenen Projekte wurden in Rahmen einer Fachtagung im Dezember 2014 in Berlin ausgewertet. Die Erkenntnisse der Medienprojekte werden aufgegriffen und weiterentwickelt im Rahmen des „Gemeinschaftsprojektes für eine vernetzte Plattform *Jugendbeteiligung online* – für die Praxis digitaler Partizipation“ (Arbeitstitel). Auf Initiative des BMFSFJ hat sich eine Trägergemeinschaft gebildet, zu der der Deutsche Bundesjugendring, die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und die Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesre-

publik Deutschland e. V. gehören. Der Start des bis Ende 2019 geplanten Projektes soll noch in diesem Jahr erfolgen, spätestens jedoch zu Beginn des Jahres 2016.

23. Gibt es nach Meinung der Bundesregierung angesichts der Medienkonvergenz einen gesetzlichen Regelungsbedarf, und wenn ja, welche Gesetzesvorhaben sind hier für welchen Zeitraum konkret geplant?

Die Bundesregierung setzt sich für eine der Medienkonvergenz angemessene Medienordnung auf nationaler und internationaler Ebene ein. Aus diesem Grund haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit Beschluss vom 11. Dezember 2014 die Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz eingesetzt. Die Prüfung eines etwaigen Handlungsbedarfs ist noch nicht abgeschlossen.

24. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, die Kultusministerkonferenz (KMK) bei der Verbesserung der Lehrerausbildung im Bereich der Medienkompetenz zu unterstützen, und in welcher Form hat die Bundesregierung gegebenenfalls bislang Gebrauch von diesen Möglichkeiten gemacht?

Eine Möglichkeit für die Unterstützung der Kultusministerkonferenz bei der Verbesserung der Lehrerausbildung im Bereich der Medienkompetenz ist die von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zusammenarbeit in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) beschlossene „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, für die der Bund in den kommenden Jahren bis 2023 bis zu 500 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

26. Welche Medienkompetenzschulungen wurden in der 18. Wahlperiode in welchen Bundesministerien angeboten, und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese jeweils wahrgenommen (bitte nach Bundesministerien, Zeitraum, Art der Schulung, Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Abteilungen bzw. Referaten aufschlüsseln)?

Die Beschäftigten der Bundesregierung haben die Möglichkeit, die Fortbildungsangebote der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAKöV) zu nutzen. Einschlägige Angebote aus dem Bereich IT-Sicherheit, Datenschutz und E-Learning wurden wie in folgender Tabelle in Anspruch genommen. Eine Aufschlüsselung nach Zeitraum, Art der Schulung, Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Abteilungen und Referaten ist nicht möglich.

Bezeichnung	Anzahl	Teilnehmer
Informationstechnik, Informationssicherheit und Internet in der modernen Verwaltung - Grundlagen und Anwendung - für Frauen	2	17
Informationstechnik, Informationssicherheit und Internet in der modernen Verwaltung - Grundlagen und Anwendung	3	36
Sensibilisierungskampagnen und Schulungen in IT-Sicherheitsfragen - Konzeption und Durchführung	1	11
IT-Sicherheitsbeauftragte in der öffentlichen Verwaltung I - Basis (3-wöchig)	4	60

Bezeichnung	Anzahl	Teilnehmer
IT-Sicherheitsbeauftragte in der öffentlichen Verwaltung I - Basis Kompakt (1-wöchig)	4	43
Daten- und Informationssicherheit beim Einsatz mobiler Geräte	5	56
Methodik und Didaktik von Schulungen in der Informationstechnik	2	22
Sommerakademie für Landes- und Kommunalbedienstete - IT-Sicherheitsbeauftragte in der öffentlichen Verwaltung I - Basis	3	45
E-Learning - Lernen mit Neuen Medien	2	18
Live-Hacking Länder	60	11917
Datenschutz und Datensicherheit	3	55
Behördliche Datenschutzbeauftragte in der Bundesverwaltung	4	68

Die Ressorts bieten Ihren Beschäftigten darüber hinaus im Rahmen von Inhouse-Schulungen und Seminaren entsprechende Fortbildungsangebote an.

Maßnahmen im Bereich Bundesministeriums der Finanzen (BMF):

Zusätzlich zum Angebot der BAKöV wurden im BMF 370 Hausangehörige zum Thema „IT-Sicherheit“ durch Inhouse-Seminare sensibilisiert.

Maßnahmen im Bereich des BMWi:

Zur Unterstützung bei der täglichen Arbeit am PC stehen allen Beschäftigten des BMWi zusätzlich zum Angebot der BAKöV spezielle Lernprogramme/Arbeitshilfen online zur Verfügung. In welchem Umfang diese genutzt werden, lässt sich statistisch nicht nachvollziehen.

In Einzel- und konkreten Bedarfsfällen erfolgen durch das IT-Referat Unterweisungen direkt am Arbeitsplatz.

Zur Vorbereitung auf die dienstliche Nutzung von Social-Media-Plattformen hat BMWi 2015 in Ergänzung zum Angebot der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung eine Inhouse-Schulung angeboten, an der 12 Beschäftigte aus den verschiedenen Abteilungen des BMWi teilnahmen.

Maßnahmen im Bereich des BMFSFJ:

Das BMFSFJ führt regelmäßige IT-Sprechstunden durch, in denen u. a. auch Themen der Medienkompetenz angesprochen werden. Eine statistische Ermittlung der Teilnehmenden zu den Fragen der Medienkompetenz erfolgt nicht.

Maßnahmen im Bereich des BMBF:

Zusätzlich zum Angebot der BAKöV wurden im BMBF in der 18. Wahlperiode bisher 50 Schulungen (Präsenzveranstaltungen, E-Learning bzw. Selbstlernschulungen) angeboten, die Elemente zur Stärkung der Medienkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermitteln. Die Schulungen dauerten zwischen einem Tag und fünf Tagen. Insgesamt wurden diese Schulungen von 159 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Abteilungen des BMBF wahrgenommen.

Maßnahmen im Bereich der BKM:

Im Rahmen der BSI- und BAKöV-Initiative „Sicher gewinnt“ führt die BKM ergänzend zu dem Schulungsangebot der BAKöV seit Sommer 2012 in dem Themenfeld „Informationssicherheit am Arbeitsplatz“ Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch. Die Teilnahme an den Inhouse-Schulungen ist verpflichtend; das Schulungsangebot wird im laufenden Kalenderjahr aktualisiert und fortgesetzt.

27. Welche Gründe hat die nach Information der Fragesteller erfolgte Verschiebung des Computerspielepreises, in welchem die Stärkung der Medienkompetenz vor allem bei den Kinder- und Jugendspielen ein Kriterium ist, aus dem Verantwortungsbereich der Beauftragten für Kultur und Medien in das des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur?

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine politische Querschnittsaufgabe. Das BMVI schafft mit dem flächendeckenden Breitbandausbau die grundlegende Voraussetzung, um diese Entwicklung zum Erfolg zu führen – und fördert darüber hinaus in unterschiedlichen Bereichen digitale Innovationen. Vor diesem Hintergrund unterstützt das BMVI mit dem Deutschen Computerspielpreis (DCP) die Gamesindustrie als wichtigen digitalen Innovationstreiber. Mit der Neuausrichtung des DCP wurde die Vernetzung mit der Community durch das BMVI weiter gestärkt und die Bedeutung von Games als wichtigem Unterhaltungsgut und als zentralem digitalen Wirtschaftsfaktor weiter hervorgehoben.

28. Welche Forschungsvorhaben unterstützt die Bundesregierung gegenwärtig bezüglich der Auswirkungen der Digitalisierung auf Erwachsene, Kinder, Jugendliche aber auch Senioren?

Im Rahmen von BMBF-Foresight wurde breit nach zukünftig möglichen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen gesucht (Zeithorizont ca. 15 Jahre). Im Ergebnis des Prozesses wurden viele mögliche Entwicklungen identifiziert, in denen Digitalisierung – und deren Auswirkungen – eine Rolle spielen. Im Rahmen der aktuellen Bekanntmachung zur Innovations- und Technikanalyse (www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung.php?B=958) werden im Themenfeld „Chancen und Risiken der Digitalisierung“ fünf Projekte gefördert (Laufzeit 2015 bis 2017):

- Social Media Forensics: Risiken der digitalen Arbeitswelt erkennen und beheben (Universität Siegen)
- Digital Work Design – Turning Risks into Chances: Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung, Chancen und Risiken sowie Einflussfaktoren der Führungs- und Organisationsebene (Technische Universität München)
- E-Learning in der Schule-Segen oder Fluch? Wie wirkt eine erhöhte Leistungstransparenz auf das Lern- und Wettbewerbsverhalten von Schülern? (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)
- Algorithmischer Strukturwandel der Öffentlichkeit: Chancen und Risiken der IKT für die Entwicklung der politischen Informationskompetenz (TU Dresden und Hochschule Karlsruhe)

- Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit: Makroökonomische Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne von morgen. (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)).

Darüber hinaus beschäftigen sich folgende Forschungsprojekte der Innovations- und Technikanalyse mit Themen der Auswirkungen der Digitalisierung:

- Zur Akzeptanz humanoider Service-Roboter: Experimentelle Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung der uncanny valley-Hypothese (Universität Koblenz-Landau)
- Technologieaufgeschlossenheit durch Partizipation? Einfluss der Nutzerbeteiligung auf Einstellungen zu Verkehrszugangssystemen (Technische Universität Berlin, Wissenschaft im Dialog und Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung)
- Smart Cams im öffentlichen Raum (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und OFFIS e. V. - Institut für Informatik)
- IKT und Stromversorgung: Potenziale und Risiken der Kopplung in Bezug auf Vulnerabilität und Resilienz (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und Universität Bremen).

In den Forschungsvorhaben des BMFSFJ in Trägerschaft vom Hans-Bredow-Institut und dem Deutschen Jugendinstitut e. V. wird schwerpunktmäßig die Medienerziehung in Familien untersucht. Darüber hinaus unterstützt BMFSFJ inhaltlich (nicht finanziell) die Erarbeitung des D21-Digital-Index 2015, der vom BMWi gefördert wird. Mit der Studie misst die Initiative D21 (durch TNS) seit 2013 die Entwicklung des Digitalisierungsgrads der deutschen Bevölkerung – ihren Zugang, ihre Kompetenz, ihre Offenheit sowie ihre Nutzungsvielfalt bezogen auf digitale Medien und das Internet.

Der D21-Digital-Index ist eine Weiterentwicklung des (N)ONLINER Atlas (2001-2014) und mit rund 33 000 Befragten die umfangreichste und aussagekräftigste Studie zum Internetnutzungsverhalten der Deutschen. Der Index ermöglicht es, die Auswirkungen von Innovationen und Ereignissen für Wirtschaft und Gesellschaft detailliert, nachhaltig und im Zeitverlauf aufzuzeigen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1, 9 und 10 verwiesen.

29. Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung, dass das in der „Digitalen Agenda“ der Bundesregierung erwähnte, mit öffentlichen Mitteln finanzierte „Internet-Institut“ spätestens mit der Arbeit beginnt, und inwiefern sieht die Bundesregierung es auch als einen Beitrag zur Förderung von Medienkompetenz an?

Die Bundesregierung hat am 17. September 2015 eine Förderrichtlinie für ein „Deutsches Internet-Institut“ bekannt gemacht, in der das vorgesehene mehrstufige Verfahren mit Projektskizzen, Konzeptionsphase und anschließender Aufbauphase beschrieben wird. Dementsprechend wird die inhaltliche Arbeit nach und nach aufgenommen und intensiviert.

Das Deutsche Internet-Institut soll einen interdisziplinären Gesamtblick auf die Digitalisierung und ihre praktischen Auswirkungen in gesellschaftlicher Hinsicht untersuchen. Als einer der Themenkomplexe für die Forschung in der Förderrichtlinie wird der Bereich „Bildung, Kompetenz, Wissen“ genannt. Die konkrete Umsetzung wird im Rahmen des wettbewerblichen Verfahrens entwickelt und von den erfolgreichen Antragstellern bestimmt.

30. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, vorgestellten Studie DIVSI U9-Studie „Kinder in der digitalen Welt“?

Die Ergebnisse der „DIVSI U9-Studie Kinder in der digitalen Welt“ wurden am 23. Juni 2015 in einer gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) und des BMFSFJ in Berlin vorgestellt. Im Rahmen der Studie wurden 1029 Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren sowie 1 832 Eltern mit Kindern im Alter von 3 bis 8 Jahren befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass Kinder früh in eine digitale Welt hineinwachsen. Ein Großteil der drei- bis achtjährigen Kinder ist bereits regelmäßig im Internet aktiv. Obwohl Kinder in der digitalisierten Welt aufwachsen und gut mit Medien ausgestattet sind, führt Digitalisierung nicht automatisch zu Chancengleichheit. Die Studie geht der Frage nach, wie die elterlichen Einstellungen zu digitalen Medien und ihre eigene Medienkompetenz den Erziehungsstil prägen. Das BMFSFJ nimmt die Ergebnisse zum Anlass, mit Maßnahmen zur Unterstützung der Medienerziehung in Familien, Kindern von Beginn an einen guten Start in eine Gesellschaft ermöglichen, und sich dabei an den Voraussetzungen innerhalb der Familie zu orientieren. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1, 9 und 10 verwiesen.

31. Inwiefern will die Bundesregierung dafür sorgen, dass Kinder ihre Medienkompetenz unabhängiger von den formalen Bildungsgraden ihrer Eltern entwickeln, als sie es laut der DIVSI U9-Studie bislang tun?

Es ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung, eine digitale Ungleichheit, die sich in der Nutzungsweise digitaler Medien aufgrund ungleicher Kompetenzverteilung ausdrückt, abzubauen. Die Maßnahmen des BMFSFJ zur Unterstützung der Medienerziehung in Familien richten sich grundsätzlich an alle Familien unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern. Viele Maßnahmen widmen sich auch der Frage, wie Eltern mit besonderem Beratungsbedarf aufgrund ihres Bildungshintergrundes besser erreicht werden können.

32. Inwiefern verfolgt die Bundesregierung das politische Ziel den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass für junge Kinder die mit der Internetnutzung verbundenen Chancen die Risiken überwiegen, und nicht umgekehrt, wie Eltern laut DIVSI U9-Studie das Internet für junge Kinder bisher größtenteils wahrnehmen?

Auch in Bezug auf die in der Frage angesprochenen jungen Kinder obliegt die Erziehungsverantwortung gemäß Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG zuvörderst den Eltern. Ziel der Bundesregierung ist es, die Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung entsprechend dem elterlichen Informations- und Beratungsbedarf zu unterstützen.

33. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem am 15. September 2015 veröffentlichten OECD-Bericht „Students, Computers and Learning: Making the Connection“, und wie will sie dafür sorgen, dass Deutschland im OECD-Vergleich künftig besser abschneidet?

Die Bundesregierung begrüßt es, dass mit dem OECD-Bericht „Students, Computers and Learning: Making the Connection“ dazu beigetragen wird, die Kenntnislage zum Einsatz digitaler Medien in der Schule zu verbreitern. Ferner wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen.

34. Für wie sinnvoll erachtet die Bundesregierung die Forderung, dass in Deutschland an allen Schulen und in allen Schul- und Altersstufen ein verpflichtender Informatikunterricht eingeführt und die Länder vom Bund dabei unterstützt werden sollen, und inwiefern unterstützt sie diese Forderung?
35. Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die mögliche Einführung eines Schulfachs Informatikunterricht als einen Beitrag zur verbesserten Medienkompetenzvermittlung?

Die Fragen 34 bis 35 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Fragen zur curricularen Ausgestaltung von Unterrichtsfächern, in diesem Fall des Informatikunterrichts, fallen in die Zuständigkeit der Länder.

